

UN-Sicherheitsrat kam im Adraab-Roodod-Konflikt zu einer Entscheidung Britischer Antrag wurde angenommen

New York. Der seit mehr als einer Woche schwelende Konflikt zwischen Adraab und Roodod um ein Ölfeld im Grenzgebiet auf adraabischem Territorium war beherrschendes Thema der letzten Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Die Sitzung war notwendig geworden, da Roodod am 6. Mai durch einen handstreichartigen Überfall eine Ölquelle auf adraabischem Territorium besetzt und damit bestehendes Völkerrecht verletzt hat. Roodod rief daraufhin, als Mitglied der Vereinten Nationen, den UN-Sicherheitsrat auf, den Rückzug der roododischen Invasionstruppen aus dem Gebiet von Adraab zu fordern. Der UN-Sicherheitsrat schloss sich diesem Aufruf an und forderte weiterhin beide Konfliktparteien dazu auf, ihre Streitigkeiten vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag verhandeln zu lassen. Die Generalversammlung der UN schloss sich dieser Empfehlung an.

Bei der heutigen Sitzung kam es teilweise zu harten Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Mitgliedsländer. So verlangte die Vertretung von Adraab die Beilegung des Konfliktes durch den unverzüglichen Abzug der roododischen Truppen. Sollte sich der UN-Sicherheitsrat nicht dafür entscheiden, dies notfalls auch militärisch durchzusetzen, werde Adraab seine Öllieferungen an seine Partnerländer einstellen. Im Falle eines Rückzuges der roododischen Truppen sei man allerdings bereit, über eventuelle Wirtschaftshilfen für das benachbarte Roodod nachzudenken.

Scharfe Kritik äußerte der Vertreter von Roodod am Verhalten der UN. Er warf der UN eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Roodods vor. Dem Vertreter der USA unterstellte er, den Konflikt lediglich unter dem Gesichtspunkt eigener Interessen zu betrachten. Die besetzte Ölquelle sei roododisches Territorium und werde unter keinen Umständen geräumt.

Der deutsche Vertreter sagte Adraab seine Unterstützung in diesem Konflikt zu. Die Interessen von Adraab müssten gesichert werden, notfalls auch durch die Entsendung von UN-Truppen mit deutscher Beteiligung. Weiterhin halte man aber dennoch an dem Vorschlag des UN-Sicherheitsrates fest, den Konflikt vor dem internationalen Gerichtshof zu verhandeln. Die Einhaltung des dort erwirkten Richterspruches müsse aber durch eine UN-Truppe entsprechend garantiert werden.

Die USA forderten den Einsatz von UN-Bodentruppen in Adraab, um die roododischen Invasoren hinter die eigene Grenze zurückzutreiben. Danach müssten UN-Stützpunkte errichtet werden, um die Sicherheit der Ölquellen auch langfristig zu gewährleisten.

Der türkische Vertreter forderte die beiden Konfliktparteien auf, unter dem Dach der UN zu einer gemeinsamen Abstimmung über die Nutzung der vorhandenen Ölreserven in Adraab zu kommen. Dabei sollen beide Parteien gleiches Stimmrecht erhalten. Die Erlöse aus dem Ölgeschäft

sollen dann, nach diesem Entwurf, zu gleichen Teilen auf die beiden Staaten verteilt werden. Diese Einnahmen dürfen aber nicht, so der türkische Vertreter, zur Finanzierung von Kriegsgerät benutzt werden.

Der chinesische Vertreter verurteilte den roododischen Angriff auf Adraab auf das Schärfste und verlangte den sofortigen Abzug aller Truppen aus Adraab. Sollte dieses Ultimatum nicht eingehalten werden, drohte China mit Wirtschaftsboykott und dem Einsatz von UN-Truppen bis zum völligen Abzug.

Der russische Vertreter wies den Standpunkt der USA als unangemessene Einmischung in die autonomen Interessen Roodods zurück. Auch die anderen Vorschläge der Mitgliedsländer, mit Ausnahme der britischen Position, berücksichtigten die nationalen Interessen Roodods kaum oder gar nicht. Es gehe darum, die wirtschaftliche Existenz von Roodod zu stärken. Deshalb fordere Russland Adraab auf, eine Pipeline nach Roodod zu bauen um einen Teil der Fördermenge an Roodod abzutreten. Russland fordere eine friedliche Lösung des Konfliktes. Ein Einsatz von UN-Truppen lehne Russland kategorisch ab.

Zum Ende der Sitzung einigten sich die Beteiligten im UN-Sicherheitsrat schließlich darauf, den Antrag der britischen Delegation anzunehmen. Darin heißt es: „Um eine ungestörte Verhandlung zwischen beiden Konfliktparteien zu garantieren, muss zunächst Waffenruhe erreicht werden. Danach sollte ein umfassendes

Wirtschaftsförderungsprogramm entwickelt werden, um den wirtschaftlichen Aufbau Roodods voranzutreiben. Die bisherigen Kosten des

Krieges für Roodod sollten unter Beteiligung der UN, von Deutschland aber auch unter besonderer Mithilfe von Großbritannien aufgeteilt werden. Im Gegenzug wird erwartet, dass Roodod die besetzten Gebiete unverzüglich räumt.“

Die Abstimmung der Anträge erfolgte im Einzelnen wie folgt: Der Antrag der USA wurde nur noch von Großbritannien unterstützt, alle anderen lehnten ihn ab. Der Antrag der Türkei wurde mit den Stimmen von Russland, Frankreich, den USA und Großbritannien abgelehnt. Der russische Antrag wurde pauschal abgelehnt. Der chinesische Antrag wurde mit den Stimmen von Russland und der Türkei abgelehnt. Der deutsche Antrag wurde von den USA abgelehnt. Vier der fünf Sicherheitsratmitglieder enthielten sich bei der abschließenden Abstimmung, sodass nur Großbritannien, Deutschland und die Türkei für den britischen Antrag stimmten.

Till T., Tagesspitzel